

März 2010

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)



DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT



The never ending story? Neues Verhandlungsmandat für SWIFT-Abkommen



Vor etwa einem Monat lehnte das Europäische Parlament das sogenannte SWIFT-Abkommen ab, mit dessen Hilfe die US-Regierung an europäische Bankdaten gelangt wäre. Nun legte die

Kommission einen überarbeiteten Vorschlag zur Verhandlung vor. Die Bedenken der EU-Parlamentarier, dass der Datenschutz durch das SWIFT-Abkommen missachtet werde, seien im aktuellen Vorschlag aufgegriffen wurden. Die Nachbesserungen sollen Datenmenge und Speicherdauer begrenzen sowie den individuellen Rechtsschutz stärken.

Hierzu Cornelia Ernst: „Der Terrorismusbegriff in den USA ist weitreichender als in der EU. Aus technischen Gründen ist es nur bedingt möglich, statt ganzer Sammeldateien lediglich einzelne Datensätze auf begründeten Verdacht zu übermitteln. Somit besteht wiederum keine strikte Zweckbindung für die Daten und ich teile die Meinung des Bundeskriminalamtes, das den Nutzen der Daten für die Terrorismusbekämpfung generell bezweifelt. Die Tatsache, dass Terroristen andere Wege der Finanzierung finden werden und es bereits heute Rechtsmittel zur Sicherstellung von Daten im konkreten Verdachtsfall gibt, führen das SWIFT Abkommen ad absurdum.“ Nimmt der Rat das Mandat an, kann die Kommission die Verhandlungen für ein neues Abkommen mit den USA wiederaufnehmen. Ein Vertragsvorschlag könnte somit noch im zweiten Halbjahr abgestimmt werden. ■

Einsatz gegen Inhaftierung kurdischer Journalisten

Cornelia Ernst ist Mitunterzeichnerin eines offenen Briefes gegen jüngste Inhaftierungen von kurdischen Journalisten in Frankreich, Belgien und Italien, die mit Terrorismusbekämpfung begründet wurden. Die UnterzeichnerInnen des Briefes fordern unbedingte Transparenz und Unabhängigkeit für die Untersuchungsführungen und im Sinne rascher Freilassung die abstrichlose Einhaltung der Grundrechte der Angeklagten. Sie betonen die schwerwiegenden Nachwirkungen dieser Verhaftungswelle, denn in Europa lebende Kurdinnen und Kurden würden so stigmatisiert, Spannungen verschärft und der demokratische Öffnungsprozess der Türkei konterkariert. ■

Aktionstag der Europäischen Linken: Solidarität mit Griechenland

Am 24. März beteiligte sich DIE LINKE. im EP am Aktionstag der Partei der Europäischen Linken für Solidarität mit Griechenland und sagte deutlich: "Die Menschen Europas werden die Krise nicht bezahlen - vereinigen wir uns für ein Europa der Solidarität!". Lothar Bisky betonte die Wichtigkeit der Euroanleihe, damit Griechenland von schwindelerregenden Zinsen herunter und Luft für eine tatsächliche Haushaltssanierung bekommt. Ein System der Mindestbesteuerung sowie europaweite soziale Mindeststandards seien die Mittel für eine langfristige Stabilisierung der Gesellschaften in Europa. Regierungen sollen überall die Wahrung der sozialen Balance mitverantworten und eine Wirtschafts- und Finanzpolitik machen, die allen zu Gute kommt. ■

Europäisches Parlament
Delegation DIE LINKE. in der GUE/NGL
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
Assistentinnen:
Manuela Kropp: +32-(0)228-47660
Adeline Otto: +32-(0)228-37660
Fax: +32-(0)228-49660
manuela.kropp@europarl.europa.eu
adeline.otto@europarl.europa.eu

Büro Dresden
Schweriner Straße 50a
01067 Dresden
Tel.: +49 (0)351-42690005
Jan Robert Karas
Kirstin Hertel
europa@cornelia-ernst.de

Büro Leipzig
linXXnet
Bornaische Straße 3d
04277 Leipzig
Tel.: +49 (0)341-3081199
Juliane Nagel
juliane.nagel@linxxnet.de

Büro Chemnitz
Rothaus
Lohstraße 2
09111 Chemnitz
bei Anfragen:
Tel.: +49 (0)351-42690005
europa@cornelia-ernst.de

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT



März 2010

20. bis 22. April: Alternative Weltklimakonferenz in Cochabamba, Bolivien

Evo Morales Ayma, Präsident von Bolivien hat nach dem gescheiterten Klimagipfel in Kopenhagen zur Alternativen Weltklimakonferenz eingeladen. Vom 20. bis 22. April 2010 soll Cochabamba, die viertgrößte



Stadt des Landes, zur Hauptumweltstadt werden. Fragen zu Klimaschuld gegenüber Entwicklungsländern und zukünftigen Generationen, Migration aufgrund von Klimawandel, Emissionsreduktion, Technologietransfer und Finanzierung sollen hier u.a. beantwortet werden. Und das Ziel der Konferenz ist kein geringeres als ein Beschluss des Projektes der Universellen Erklärung der Rechte von Mutter Erde. Bleibt zu hoffen, dass sich viele Vertreter der EU-Mitgliedstaaten in die Gästeliste von Cochabamba einreihen. International zählt die EU zu den großen Umweltverschmutzern und Klimasündern und das 2007 verkündete „Klimaschutzpaket“ hat nicht das herbei geführt, was man als Energiewende bezeichnen könnte. Als einer der Hauptverursacher sollte die EU sich ihrer Rolle als Vorreiter in Sachen Klimaschutz bewusster werden und dafür angemessene Finanzmittel auch in Entwicklungsländern bereit stellen. ■

Mehr zum Klimaschutz aus linker Sicht:

www.dielinke-europa.eu/themen_von_a_z/umwelt/i_o/klimaschutz/

Der Ticker: Aktuelle Nachrichten aus Brüssel in Kürze

Regionalpolitik - Arme Bevölkerungsgruppen werden in Zukunft in allen Mitgliedstaaten EU-Förderungen für Wohnungsbauvorhaben und Renovierungen erhalten. Das Europaparlament verabschiedete eine entsprechende Änderung der Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung.

Haushalt 2011 - Jugend, Forschung und Wirtschaft sollen die Schwerpunkte des EU-Haushalts 2011 sein, so entschied das Europäische Parlament in einer am 25.03.2010 angenommenen Resolution.

Visapolitik - Dieses Jahr sollen in der Europäischen Union neue langzeitige Visa Regelungen gelten. Menschen aus Nicht-EU Staaten sollen leichter innerhalb des EU Raumes reisen können. Das Parlament stimmt im April dazu ab.

Finanzen - EU-Parlament will verschärfte Kapitalanforderungen für die Unterlegung von Wertpapieren im Handelsbuch gegen den Widerstand der Banken Anfang 2011 in Kraft setzen.

Scheidungsrecht - EU-Kommission will Scheidungsrecht binationaler Ehen vereinfachen und schlug dazu ein Gesetz vor. Die Paare sollen zukünftig selbst entscheiden können, nach welchem Länderrecht sie geschieden werden wollen. Deutschland hält seine Entscheidung noch zurück. ■



Folgenden Titel verpasste der Ausschuss für regionale Entwicklung dem Entwurf eines Berichtes: „Entwurf eines Berichtes über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 hinsichtlich allgemeiner Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds im Hinblick auf die Vereinfachung bestimmter Anforderungen und im Hinblick auf bestimmte Bestimmungen bezüglich der finanziellen Verwaltung (KOM(2009)0384-C7-003/2010-2009/0107 (COD))“

